**Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin**

Federführender Fachbereich Umwelt und Technik	Drucksachen-Nr. 360/2004				
<table border="1"> <tr> <td>☒</td> <td>Öffentlich</td> </tr> <tr> <td>☐</td> <td>Nicht öffentlich</td> </tr> </table>		☒	Öffentlich	☐	Nicht öffentlich
☒	Öffentlich				
☐	Nicht öffentlich				
Mitteilungsvorlage					
für die Sitzung des ▼	Sitzungsdatum				
Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr	07.07.2004				

Tagesordnungspunkt

Zwischenbericht 2004 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach" zum 30.06.2004 gemäß § 20 EigVO i. V. m. § 6 Nr. 4 der Betriebsatzung

Inhalt der Mitteilung:

Gemäß § 20 der Eigenbetriebsverordnung NRW (EigVO NRW) in Verbindung mit § 6 Nr. 4 der Betriebsatzung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach“ ist der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr halbjährlich über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Abwicklung des Vermögensplanes zu unterrichten.

Der Zwischenbericht der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach“ zum 30.06.2004 ist hier in Form einer Gegenüberstellung der Ertrags- und Aufwandspositionen (Gewinn- und Verlustrechnung) sowie einer Darstellung der Mittelverwendung und Mittelherkunft im Vermögensplan aufgezeigt.

Es muss berücksichtigt werden, dass gewisse Aufwendungen und Erträge nicht gleichmäßig pro Halbjahr anfallen und daher größere Abweichungen bei der Gegenüberstellung mit den Planzahlen auftreten können. Hinzu kommt, dass im ersten Halbjahr 2004 eine Vielzahl von Maßnahmen des Erfolgs- bzw. Vermögensplanes aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung bis zum Beschluss über den Haushalt 2004 noch nicht in Angriff genommen werden durften. Die endgültig entstandenen Erträge und Aufwendungen können erst durch die zum Jahresabschluss vorliegenden Endabrechnungen dargestellt werden. Darüber hinaus konnten im Bereich der internen Leistungsverrechnungen lediglich Angaben für das 1. Quartal ermittelt werden, da die quartalsweise Abrechnung der Lohn- bzw. Fahrzeugleistungen bis zum 30.06.2004 nach deren Auswertung frühestens Anfang August 2004 durchgeführt werden kann.

Erfolgsgefährdende Abweichungen sind bis zum Stichtag jedoch nicht zu erkennen.

I. Erfolgsplan

Ergebnis	Ansatz WP
30.06.2004	2004
€	€

1. Erträge

Erträge aus Auflösung Baukostenzuschüsse	814.104	1.628.207
Erlöse Abfallwirtschaftsbetrieb	72.768	105.000
Erlöse Abwasserwerk	797	10.000
Erlöse Stadtgrün	934	4.000
Erstattung durch die Stadt (innerbetriebl. Erst.)	0	7.100
Erstattung durch die Stadt (Absperrm. Karneval.)	0	24.000
sonstige Erlöse	7.626	30.250
Mieten, Pachten	108.157	180.000
Planungs- und Bauleitungskosten vom Vm.-Plan	60.000	120.000
Erträge aus Auflösung Sonderposten	545.728	1.091.456
Investitionszuweisung		
Sonstige betriebliche Erträge	19.949	33.500
	<u>1.630.063</u>	<u>3.233.513</u>

2. Aufwendungen

Straßenentwässerung Abwasserwerk	1.590.302	3.180.604
Lohnleistungen Stadtgrün	58.738	420.000
Lohnleistungen Abfallwirtschaftsbetrieb	80.567	480.000
Unterhaltungskosten nur Material	51.815	191.500
Unterhaltungskosten durch Fremdfirmen	401.575	1.163.593
Straßenbegleitgrün	2.962	122.000
Strom, Gas, Wasser	263.317	773.500
Mieten, Pachten einschließlich Nebenkosten	14.691	30.000
Deponiekosten	8.367	14.900
Schutzkleidung	1.201	7.500
übrige Bewirtschaftungskosten	19.496	7.500
Erhaltungsaufwand	4.924	50.000
Personalkosten	881.907	2.323.391
Abschreibungen auf Sachanlagen	1.758.878	3.517.755
Abschreibungen auf geringwertige Wirtschaftsgüter	5.000	10.000
Kfz-Kosten	53.145	264.000
sonstige betriebliche Aufwendungen	77.498	365.164
Zinsen für Darlehen des Kreditmarktes	546.820	1.225.200
	<u>5.821.203</u>	<u>14.146.607</u>

Fehlbetrag

-4.191.140	-10.913.094
-------------------	--------------------

Erläuterungen:

I. Erfolgsplan

1. Erträge

Die Ertragsseite ist im Wesentlichen durch die Auflösung der Baukostenzuschüsse (Erschließungsbeiträge) und des Sonderpostens Investitionszuweisungen (Landeszuweisungen) geprägt. Hierbei wurden zum 30.06.04 50 % der Ansätze berechnet, da die erfolgswirksamen Auflösungen erst am Ende des Jahres im Rahmen des Jahresabschlusses erfolgen. Diese werden sich aber im Rahmen der Ansätze bewegen, da die als Basis der Auflösung dienenden bilanzierten Zuschüsse weitestgehend unverändert bleiben.

Der Erlös vom Abfallwirtschaftsbetrieb beinhaltet insbesondere den (saisonbedingten) Winterdienst und unterliegt somit auch saisonalen Schwankungen.

Die Berechnungen der Leistungen für die Stadt (innerbetriebliche Erstattung) und die Abrechnung der Leistungen für den Karneval sind aufgrund noch abzustimmender Sachverhalte noch nicht erfolgt.

Bei den Mieten und Pachten sind im 1. Halbjahr zum Teil die ganzjährigen Einnahmen schon als Forderungen eingebucht worden, so dass hier im 2. Halbjahr nicht mit Einnahmen in gleicher Höhe zu rechnen ist.

2. Aufwendungen

Die Aufwandseite ist im Wesentlichen durch den aus dem Anlagenbestand und den Investitionen resultierenden Abschreibungs- und Zinsaufwand sowie durch Personalaufwand und den an das Abwasserwerk zu erstattenden Aufwand für die Entwässerung des öffentlichen Verkehrsraums geprägt.

Die Abschreibungen aus Sachanlagen wurden zu 50 % eingerechnet, da die erfolgswirksamen Buchungen erst am Ende des Jahres im Rahmen des Jahresabschlusses stattfinden. Die Abschreibungen - wie auch die Auflösungen (s.o.)- berühren nicht den seitens der Stadt zu zahlenden vereinbarten Verlustausgleich, da es sich um zahlungsunwirksamen Aufwand handelt.

Der Personalaufwand enthält terminbedingt die Buchungen bis einschließlich Mai 2004. Er liegt deutlich unter dem hälftigen Planansatz, so dass selbst unter Berücksichtigung des zum Jahresende noch einzubeziehenden Weihnachtsgeldes der Planansatz vermutlich unterschritten wird. Dieses ist u.a. in der restriktiven Bewirtschaftung der Personalressourcen begründet.

Der an das Abwasserwerk zu erstattende Aufwand für die Entwässerung des öffentlichen Verkehrsraums wird quartalsweise in Abschlägen gezahlt. Insofern wird hier genau der hälftige Ansatz erreicht.

Bei den zu erstattenden Lohnleistungen der Betriebe „Stadtgrün“ und „Abfallwirtschaftsbetrieb“ ist wie eingangs aufgeführt, erst ein Quartal verrechnet. Die Leistungen von Stadtgrün beinhalten im Wesentlichen die Pflege und Unterhaltung des Straßenbegleitgrüns. Erfahrungsgemäß fallen hier in der Pflanz- und Wachstumsperiode im 2. und 3. Quartal höhere Aufwendungen an. Der im 2. Halbjahr zu verbuchende Aufwand für Leistungen vom Abfallwirtschaftsbetrieb ist ebenfalls erfahrungsgemäß höher als im 1. Halbjahr. Weiterhin beinhaltet dieser Ansatz auch die gemäß Straßenreinigungsgesetz aus der Straßenreinigungs- und Winterdienstgebühr abzugrenzenden Kosten der Allgemeinheit. Dieser Anteil unterliegt witterungsbedingt jährlichen Schwankungen.

Die im Ansatz der Position „Unterhaltungskosten durch Fremdfirmen“ enthaltenen Unterhaltungskosten für den Busbahnhof Bensberg wurden von der KVB noch nicht in Rechnung gestellt.

Die signifikante Abweichung des Aufwandes für die Unterhaltung des Straßenbegleitgrüns ist darin begründet, dass vom geplanten Ansatz bisher erst ein Unterhaltungsauftrag vergeben wurde. Da diese Beauftragung im April erfolgte, ist insofern auch erst ein geringer Teil der Leistungen durchgeführt und in Rechnung gestellt worden.

In den übrigen Bewirtschaftungskosten ist auch die Unterhaltung des Bauhofes enthalten. Die Umstellung auf den Flächenmaßstab bei der Regenwassergebühr schlug hier mit über 13 T€ zu Buche, so dass der Ansatz überschritten wird.

Als wesentliche Posten im Ansatz der sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind die Verwaltungskosten Querschnittsämter, die Mieten für die Bürogebäude, Abschluss- und Prüfungskosten sowie der Versicherungsaufwand zu nennen. Die Verwaltungskosten Querschnittsämter wurden bisher mit einem Quartalsabschlag verrechnet, die Mieten wurden in Abschlägen hälftig erstattet. Die Abschluss- und Prüfungskosten werden im Wesentlichen erst im Rahmen des Jahresabschlusses in einer Rückstellung berücksichtigt. Der wesentliche Anteil des Aufwands für Versicherungen wird ebenfalls erst in der zweiten Jahreshälfte verbucht. Die übrigen Aufwendungen wurden in Anbetracht der über weiten Strecken des 1. Halbjahres 2004 andauernden vorläufigen Haushaltsführung weitestgehend restriktiv bewirtschaftet.

Beim Erfolgsplan insgesamt besteht bei einem normalen Ertrag und einem unter dem Ansatz liegenden Aufwand zum jetzigen Zeitpunkt kein Handlungsbedarf.

II. Vermögensplan

	Ergebnis		Ansatz WP	
	30.06.2004		2004	
<u>Mittelverwendung</u>	€		€	
Grunderwerb		56.700		1.780.000
Betriebs- und Geschäftsausstattung		21.301		28.500
Kraftfahrzeuge		7.401		175.000
Straßenbau allgemeine Vorhaben		154.224		402.000
Straßenbauprogramme	aus Vorjahr	94.552,50		
	2004	0,00	94.553	1.450.000
Tilgung von Darlehen			544.855	1.135.154
			879.034	4.970.654
Fehlbetrag Erfolgsplan			4.191.140	10.913.094
Gesamtsumme der Mittelverwendung			5.070.174	15.883.748

Mittelherkunft

Erschließungsbeiträge	0	350.000
Beiträge nach § 8 KAG	415	110.000
Grundstücksverkäufe	7.506	128.125
Darlehensaufnahmen	800.000	3.247.375
	<hr/>	
	807.921	3.835.500
Verfügung über Rücklagen zur Abdeckung der Abschreibung	0	808.092
Vereinbarter Verlustausgleich	0	11.240.156
Gesamtsumme der Mittelherkunft	<hr/>	<hr/>
	807.921	15.883.748

Erläuterungen:

II. Vermögensplan

1. Mittelverwendung

Auf Grund der vorläufigen Haushaltsführung wurden lediglich Maßnahmen aus dem Jahr 2003 weitergeführt.

In der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind die Ersatzbeschaffungen von EDV-Software enthalten. Diese einmaligen Ausgaben sind im ersten Halbjahr angefallen, so dass der Ansatz hier schon fast erreicht ist, zum Jahresende aber wohl nicht überschritten wird.

2. Mittelherkunft

Bei den Erschließungsbeiträgen ist zu beachten, dass die zum Jahresende 2003 bzw. bis jetzt abgeschlossenen Baumaßnahmen noch nicht abgerechnet wurden, bzw. erst jetzt abgerechnet werden. Die meisten Baumaßnahmen werden im zweiten Halbjahr abgeschlossen und erst dann abgerechnet.

Die Inanspruchnahme der Rücklagen wird im Rahmen des Jahresabschlusses gebucht. Der Verlustausgleich wird vereinbarungsgemäß erst zum Abschluss des Wirtschaftsjahres vom städtischen Haushalt geleistet.

Im Vermögensplan sind keine ergebnisgefährdenden Abweichungen zu erkennen